

# Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser in Bremen

Bremen, den 25. September 2008

ÄRZTEKAMMER  
B R E M E N



KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

**HBPR,  
Bremer Pflegerat**



Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V.



Verband der angestellten und beamteten  
Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e.V.

**Landesverband Bremen**



**Verband der Krankenhausedirektoren e.V., Landesgruppe Bremen**



**Bezirk Bremen-Nordniedersachsen**

## Pressemitteilung:

**Anlässlich der engagierten Beteiligung der Krankenhäuser im Land Bremen an der Großdemonstration in Berlin fordert das Aktionsbündnis vom BMG:**

**Schluss mit der Zahlentrickserei der Bundesgesundheitsministerin!**

Mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Berufsgruppen der Krankenhäuser in Bremen und Nordniedersachsen haben sich an der größten Demonstration, die je im Deutschen Gesundheitswesen stattgefunden hat, in Berlin beteiligt. Über 120.000 Beschäftigte aus den Deutschen Krankenhäusern machten vor dem Brandenburger Tor ihrem Unmut über die völlig unzureichende Krankenhausfinanzierung Luft.

Das so genannte Hilfsprogramm der Bundesregierung, das angeblich zusätzlich drei Milliarden Euro an Finanzmitteln für die Krankenhäuser enthalten soll, wurde als Mogelpackung entlarvt.

Trotz gegenteiliger Äußerungen des BMG in der Öffentlichkeit kann man nämlich dem Kabinettsentwurf des geplanten Krankenhausgesetzes für 2009 **zusätzlich** nur **0,5 Mrd. Euro** entnehmen. Die Beschäftigten haben es satt, sich zusätzlich zu den ständig steigenden Arbeitsbelastungen auch noch die Zahlentricks der Bundesgesundheitsministerin anzuhören.

## ***Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser in Bremen***

Auch die immer wieder vorgetragene Behauptung der Bundesregierung, durch das Hilfsprogramm müsste der Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung angehoben werden, wird durch die stete Wiederholung nicht richtiger.

Den Gesetzlichen Krankenkassen stehen im nächsten Jahr bereits ohne Beitragsanhebung mindestens acht Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Wenn man den Spielraum, der durch Absenkung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung entsteht, nutzen würde, könnte man ohne Verteuerung der Lohnnebenkosten den Deutschen Krankenhäusern fünf Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Die Partner des Aktionsbündnisses fordern daher nochmals die Bundes- und die Landespolitik auf, ihrer Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen gerecht zu werden.

Die Krankenhäuser im Land Bremen bilden das Rückrat der Gesundheitsversorgung. Sie arbeiten mit 12.300 Beschäftigten rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr für die Betreuung von kranken Menschen. Die Ärzte und die Pflegenden dürfen erwarten, dass sie nach jahrelanger Ausbildung und täglichem Engagement ihre Berufe in der gebotenen Sorgfalt und unter erträglichen Arbeitsbedingungen ausüben dürfen.

Nach fünf Jahren mit Reallohnverlusten und mit Personalabbau bei ständiger Leistungssteigerung arbeiten die Beschäftigten in den Krankenhäusern so produktiv, wie sonst nirgendwo in der Europäischen Union. Sie sind es leid, als Belohnung für diese Arbeit sich weitere Sprechblasen der Politik anzuhören. Das wurde in Berlin deutlich.

Daher müssen endlich ausreichend Finanzmittel fließen, um eine genügende Zahl von Arbeitsplätzen vorzuhalten und diese mit einer fairen Bezahlung auszustatten. Deshalb fordert das Aktionsbündnis von der Bundesregierung: „Die Tarifverträge, die der Bundesinnenminister unterschreibt, müssen endlich von der Bundesgesundheitsministerin finanziert werden!“

Und weiter: “Wenn der Bundesgesundheitsministerin zusätzlich 21.000 Pflegenden in den Krankenhäusern fehlen, dann soll Sie die Krankenhäuser in die Lage versetzen, diese Stellen zu 100% finanzieren.“ **Im Grundsatzprogramm der SPD steht: „Wer in sozialen Berufen für andere da ist, verdient Anerkennung, Respekt und faire Bezahlung.“ Was gilt denn nun, Frau Schmidt?**

**Für Rückfragen** steht Ihnen die Geschäftsstelle der HBKG unter 0421 - 24 10 20 zur Verfügung. Der Geschäftsführer der HBKG, Herr Uwe Zimmer ist darüber hinaus unter: 0178 – 823 44 22 erreichbar.

# ***Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser in Bremen***